

Politik und Gesellschaft = Politique et société

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Bulletin.ch : Fachzeitschrift und Verbandsinformationen von Electrosuisse, VSE = revue spécialisée et informations des associations Electrosuisse, AES**

Band (Jahr): **95 (2004)**

Heft 22

PDF erstellt am: **13.09.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Personalvertretungen für langfristige Versorgungssicherheit

(vpe) Der Dachverband der Personal- und Mitarbeitervertretungen der Schweizerischen Elektrizitätswirtschaft (VPE) hat eine grosse Umfrage zu den langfristigen Energieperspektiven der Schweiz durchgeführt. Der VPE fordert im Rahmen der laufenden Vernehmlassung des Bundesgesetzes zur Stromversorgung (StromVG) klare gesetzliche Regelungen zur langfristigen Sicherung der Versorgungssicherheit der Schweiz.

An der Herbstversammlung am 10. September in Däniken (SO) hat der VPE seinen Delegierten die Ergebnisse der grossen VPE-Umfrage zu den langfristigen Energieperspektiven der Schweiz unter den Mitarbeitenden der Elektrizitätswirtschaft vorgestellt. In der Umfrage haben 80 bzw. 90% der Befragten den heutigen Stromproduktionsmix und die Versorgungssicherheit als gut bis sehr gut bezeichnet. Bei den zukünftigen wichtigsten Aufgaben der Elektrizitätswirtschaft wird die Versorgungssicherheit mit grossem Abstand an erster Stelle genannt. Mit etwa gleicher Gewichtung (2. und 3. Priorität) werden wirtschafts- und sozialverträgliche

Preise und eine vom Ausland unabhängige Stromproduktion genannt.

Von den Befragten werden Stromimporte zur Deckung des Inlandsbedarfes überwiegend kritisch gesehen und nur von 6% der Befragten ausdrücklich bejaht. Zwei Drittel der Befragten sind der Meinung, dass die Stromimporte 10% des Inlandsbedarfes nicht übersteigen sollten. Diese kritische Meinung zu den Stromimporten hat der VPE schon in der Vergangenheit vertreten und im Rahmen der Diskussionen zur neuen Elektrizitätswirtschaftsordnung (ELWO) gefordert, zumindest die Eigenproduktion der Grundlast (d.h. der Bandenergie) im Gesetz zu verankern. Dies alleine ist jedoch nicht ausreichend, um die Versorgungssicherheit in der Schweiz sicherzustellen. Darüber hinaus muss ein möglichst hoher Anteil der Spitzenlast (d.h. sowohl im Sommer als auch im Winter) ebenfalls im Inland produziert werden. Aus diesem Grund schlägt der VPE vor, den Minimalanteil der Produktion im Inland im Gesetz zu verankern.

Nur so kann dem legitimen Anspruch der Bevölkerung auf Versorgungssicherheit Rechnung getragen und bestehende Ängste abgebaut und so genannte «Blackouts» wie in Italien im September 2003 vermieden werden. Der VPE for-

dert im Rahmen der Vernehmlassung des Bundesgesetzes zur Stromversorgung (StromVG) entsprechende Regelungen. Eine starke einheimische Produktion sichert letztendlich auch Arbeitsplätze.

Im Rahmen der Energieperspektiven 2035 wird der Ersatz der auslaufenden Kernkraftwerkskapazitäten von den Befragten kontrovers gesehen, allerdings mit einer klaren Präferenz. Fast die Hälfte der Befragten sehen neue Kernkraftwerke als Ersatzlösung erster Priorität an. Jeweils ein Drittel wollen den Ausbau der Wasserkraft in 1. und 2. Priorität forcieren. Fossile Kraftwerke (Öl, Gas und Kohle) als einfachste technisch zu realisierende Ersatzlösung wird von den Befragten abgelehnt und nur als Notlösung angesehen. Nur 9% sind in der Umfrage der Meinung, dass die Politik genug tut, um die Stromversorgung in unserem Land wirklich sicherzustellen.

Weniger CO₂-Ausstoss und mehr Arbeitsplätze

(bfe) Die kantonalen Förderprogramme, welche der Bund im Jahre 2003 mit 14 Millionen Franken in Form von Globalbeiträgen unterstützt hat, zeigen gemäss einer Meldung des Bundesamts für Energie zunehmend positive Wirkungen. Gemeinsam mit den Mitteln der Kantone wurden im Jahre 2003 insgesamt 40 Millionen Franken an Förderbeiträgen ausbezahlt, mit denen eine Reduktion des Energiebedarfes von 179 GWh, 176 Mio. Franken an energetischen Investitionen, eine Beschäftigungswirkung von 930 Personenjahren und eine Reduktion des CO₂-Ausstosses von 49 000 Tonnen erzielt wurden. Die kantonalen Förderprogramme leisten damit nicht nur einen wesentlichen Beitrag an die Erreichung der Energie- und CO₂-Ziele von Energie-

Der Blitzableiter



Faule Kerle

Hohe Wellen schlägt zurzeit in unserem westlichen Nachbarland ein Buch über die Faulheit leitender Angestellten in französischen Konzernen. Dass die Firma, in der die Autorin Corinne Maier als Ökonomin arbeitet, nun sauer reagiert, macht das Werk erst recht zum Bestseller. Dies war wohl nicht die Absicht ihres Arbeitgebers, dem Energiekonzern Electricité de France. Das Buch «Bonjour paresse» erwähnt zwar EDF nicht und soll von Fachliteratur und Freunden inspiriert worden sein. «Wir haben alle ähnliche Erfahrungen gemacht», so die 40-jährige Schweizer Autorin. Vieles, was sarkastisch-humoristisch beleuchtet wird, gilt jedoch nicht nur für französische Firmen. So die Sprache der Wirtschaft mit vielen «aufgeblähten Worthülsen» oder die Praxis, teure externe Berater zu beschäftigen, damit sie bestätigen, «was das Unternehmen hören will». Maier versteht die ganze Aufregung nicht. Sie wollte nur ein humoristisches Büchlein schreiben (Untertitel: «Von der Kunst und der Notwendigkeit, so wenig wie möglich in einem Unternehmen zu tun»). Die Gewerkschaften dagegen, die zurzeit gegen eine Teilprivatisierung von EDF kämpfen, freuen sich.

B. Frankl



Personalvertretungen fordern klare gesetzliche Regelungen zur langfristigen Sicherung der Versorgungssicherheit der Schweiz (Leitungskontrolleure an einem Kurs).



Verhinderung von Klimaerwärmung: weniger CO₂-Ausstoss/Diminution des émissions de CO₂

Schweiz, sie haben auch positive volkswirtschaftliche Auswirkungen.

Die Kantone sind wichtige Partner von EnergieSchweiz und zuständig für den Gebäudereich. Sie haben hierfür ihre eigene Strategie definiert. Danach soll zuerst der Energieverbrauch stark reduziert und der noch verbleibende Verbrauch möglichst mit Abwärme und regenerierbaren Energien gedeckt werden. Dazu dienen die kantonale Energiegesetzgebung und Förderprogramme.

Diminution des émissions de CO₂ et création d'emplois

(ofen) Les programmes promotionnels des cantons, en faveur desquels la Confédération a versé en 2003 un montant global de 14 millions de francs, ont selon un communiqué de l'Office fédéral de l'énergie des effets positifs. Si l'on inclut les moyens alloués par les cantons, un montant global de 40 millions de francs a été versé en 2003; il a permis de réduire les besoins énergétiques de 179 GWh, de générer des investissements énergétiques de 176 millions de francs, de créer un effet sur l'emploi de 930 personnes-années et de diminuer les émissions de CO₂ de 49 000 tonnes. Par conséquent, la politique énergétique cantonale contribue non seulement dans une large mesure à l'atteinte des objectifs de SuisseEnergie

en matière d'énergie et d'émissions de CO₂, mais a également un impact positif sur l'économie.

Partenaires importants de SuisseEnergie, les cantons ont la responsabilité du domaine du bâtiment. Ils ont défini à cet effet leur propre stratégie, qui prévoit en premier lieu une forte réduction de la consommation d'énergie et une couverture maximale de la consommation restante par des énergies renouvelables. Ils s'appuient pour ce faire sur la législation cantonale concernant l'énergie et les programmes promotionnels.

Deutsche Verbände fordern Wechsel bei Netzentgelten

(hea) Die Verbände der gewerblichen Netznutzer, Bundesverband der Energieabnehmer, Bundesverband neuer Energieanbieter sowie Verband der Industriellen Energie- und Kraftwirtschaft, fordern gemeinsam einen Systemwechsel hin zu einem funktionierenden Wettbewerb in der Energiewirtschaft. Der Status Quo beim Zugang zu Elektrizitäts- und Erdgasnetzen müsse erheblich verändert werden, um die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands zu erhalten. Wichtige Teile des Kabinettsentwurfs zum Energiewirtschaftsgesetz (EnWG) müssten dringend nachgebessert werden. Die Verbände fordern die Gremien des Bundesrates auf, «noch

wichtige Impulse für den Wettbewerb» zu verankern. Die Verbände fordern vom neuen EnWG eine stärkere Verankerung der Frage nach besserer Effizienz anstelle der Nettosubstanzerhaltung für Netzbetreiber. Die Kostenorientierung, basierend auf den existierenden Kosten der Netzbetreiber, führe nicht zu wettbewerbsgerechten Netzentgelten. Die Kosten seien, wie bei der Regulierung der Telekommunikation, nur nach dem Kriterium einer effizienten Leistungsbereitstellung angemessen zu beurteilen. Daher müsse das Gesetz den Weg zum Entgelt- und Effizienzvergleich unter den Netzbetreibern klar vorzeichnen. Die Anreizregulierung müsse «sehr schnell geschaffen werden». Weiterhin fordern die Verbände Handlungs- und Gestaltungsspielräume für die Regierungsbehörde und wehren sich gegen eine starre gesetzliche Normierung, die den jetzigen Zustand einfrieren würde.

Mehrheit für mehr naturnahe Gewässer

(efch/wwf) Rund 73% der Schweizerinnen und Schweizer unterstützen Massnahmen zur Revitalisierung von Bächen, Flüssen und Seen. Dies ergibt eine Umfrage, die im Auftrag des WWF Schweiz vom Forschungsinstitut gfs-Zürich durchgeführt wurde. Die Zustimmung ist in der Deutsch-

schweiz gleich hoch wie in der Romandie.

Gemäss der Umfrage befürworten auch 61% der Befragten der Deutschschweiz, dass Gemeinde/Kantone und die Wasserkraftwerke gemeinsam für die Kosten der Revitalisierung aufkommen sollten. Diese Ansicht teilen aber nur 45% der Befragten der Romandie.

Knapp über die Hälfte der Bevölkerung (53%) will zudem den Umweltverbänden das Recht zusprechen, die Umsetzung der Gewässerschutzvorschriften durchzusetzen und so Revitalisierungen fördern zu können.

Interessant ist das Ergebnis, dass nur gerade 27% der Bevölkerung wissen, was unter dem Begriff «Restwasser» verstanden wird. Mehr als die Hälfte derjenigen (55%), die wissen, was «Restwasser» ist, sind jedoch überzeugt, dass das Restwasser in den Schweizer Gewässern nicht genügt.

Polen erwägt Bau eines KKW

Die polnische Regierung erwägt, bis 2020 das erste Kernkraftwerk des Landes zu errichten. Dies geht aus Plänen des Warschauer Wirtschaftsministeriums hervor. Polen wird nach 2019 rund 3000 MW Strom benötigen, der ohne den Ausstoss von Kohlendioxid gewonnen wird. Alte Kohlekraftwerke werden dann ersetzt werden müssen.



Mehr Restwasser erwünscht: Rückgabe von Turbinenwasser in die Rhone (Bild EAWAG).

La Chine veut construire quatre nouvelles centrales nucléaires

(aspea) Après le Parlement, le gouvernement chinois a approuvé la construction de quatre nouvelles centrales nucléaires d'une puissance unitaire de 1000 MW. Deux d'entre elles devraient être aménagées sur le site de Ling Ao sur la côte Sud de la Chine, à proximité de Hong Kong, et les deux autres sur le site de Sanmen sur la côte Est, à proximité de Shanghai.

Le gouvernement a qualifié la production d'électricité nucléaire de «moyen d'approvisionnement énergétique propre et sûr se caractérisant par une technologie éprouvée et une bonne flexibilité». Du fait de la pénurie d'électricité, la Chine a l'intention d'agrandir rapidement son parc de centrales nucléaires. Selon les indications données par le gouvernement, ce parc devrait passer de quelque 6000 MW actuellement à 32 000 – 40 000 MW en 2020.

Proposition relative à l'efficacité énergétique est «incompatible»

(ee) La proposition de directive de la Commission Européenne relative à «l'efficacité énergétique dans les utilisations finales et les services énergétiques» est incompatible, dans son approche globale, avec le fonctionnement du marché libéralisé de l'énergie, de plus elle soumettrait l'industrie de l'électricité à une charge disproportionnée par rapport à celle imposée aux autres secteurs concernés. Voici les deux points essentiels soulevés par l'association professionnelle Union of the Electricity Industry–Eurelectric dans une prise de position envoyée aux organes législatifs de l'Union Européenne. Eurelectric se déclare entièrement d'accord avec l'objectif essentiel qui est la

promotion de l'utilisation efficace de l'énergie pour le bien de l'économie, de l'environnement et de la sécurité de l'approvisionnement, mais conteste une bonne partie de l'argumentation, montre du doigt les éléments qui sont incompatibles avec le marché libéralisé de l'électricité, et propose dix-neuf amendements concrets.

Le projet a été proposé par la Commission en décembre 2003 comme élément d'un ensemble de mesures destinées à améliorer la sécurité de l'approvisionnement en électricité et à restreindre la consommation d'énergie par le biais d'une plus grande efficacité. Dans le but d'accroître l'efficacité des utilisations finales par le biais de la création d'un marché européen favorisant le développement de services énergétiques, le projet veut imposer aux entreprises électriques, entre autres, l'obligation de mettre en œuvre, à destination de leur clientèle, des programmes de maîtrise de la consommation d'énergie.

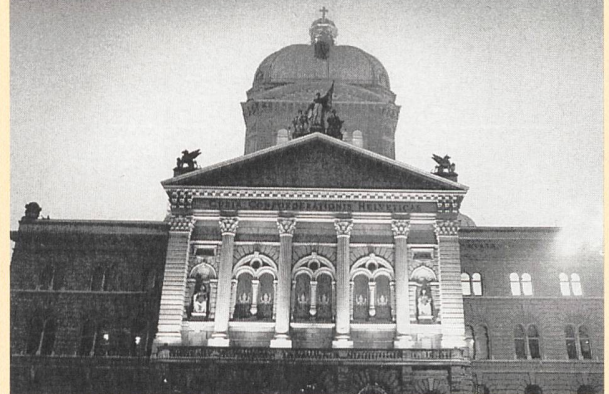
«Bescheidene Fortschritte» bei Energiedeklaration

(sks) Noch immer sind rund 30% der elektrischen Haushaltgeräte nicht oder mangelhaft deklariert. Zu diesem Ergebnis kommt die jüngste Marktuntersuchung der Allianz Energie-Konsum (Alec).

Eine Marktuntersuchung ergab zweieinhalb Jahre nach der Einführung der Energieetikette ein ernüchterndes Bild: Von 4071 untersuchten Haushaltgeräten in 111 Verkaufsstellen sind 69% richtig etikettiert. Gegenüber 2002 (56%) und 2003 (58%) stellt dies zwar wiederum eine Verbesserung dar. Für Alec ist das «Schneckentempo des Handels aber eindeutig zu langsam».

Bei Haushaltgeräten können sich die Kundinnen und Kunden von Coop (92%) am ehesten auf eine korrekte und vollständige Etikettierung verlassen. Conforama und Fust folgen mit 86%. Weit abgeschlagen sind Migros mit 74% und

Energienotizen aus Bern



Vernehmlassung des Bundesgesetzes über den Binnenmarkt

(evd) Ende Juni wurde die Vernehmlassung zum Bundesgesetz über den Binnenmarkt abgeschlossen. Währenddem die Reaktionen der Kantone auf die Vorlage ein gemischtes Bild ergeben, befürworten die grossen politischen Parteien sowie die wichtigsten Wirtschaftsverbände die Revision mehrheitlich. Insgesamt überwiegen die positiven Stellungnahmen zum Revisionsentwurf. Deshalb wird dieser bei der Ausarbeitung der Botschaft weitgehend unverändert übernommen. Der Bundesrat hat an seiner Sitzung vom 25. August vom Ergebnis der Vernehmlassung zum Bundesgesetz über den Binnenmarkt (BGBM) Kenntnis genommen. Gleichzeitig hat er das EVD beauftragt, bis Ende dieses Jahres eine Botschaft vorzulegen.

Résultats de la consultation relative à la révision de la loi sur le marché intérieur

(dfe) La consultation relative à la révision de la loi fédérale sur le marché intérieur s'est achevée fin juin. Si les cantons réagissent diversement au projet, les grands partis politiques et les principales associations économiques soutiennent la majeure partie des propositions avancées. Le projet de révision ayant été majoritairement bien accueilli, son contenu ne sera guère remanié lors de l'élaboration du message. Lors de sa séance du 25 août, le Conseil fédéral a pris connaissance des résultats de la consultation relative à la révision de la loi fédérale sur le marché intérieur (LMI) et a chargé le DFE de présenter un message avant la fin de l'année 2004.

Media Markt mit 71%. Analog sieht die Rangliste beim Anteil energieeffizienter A-Klasse-Geräte aus: Coop ist mit 65% an der Spitze, Fust folgt mit 49% noch vor Media Markt mit 46%, Conforama mit 42% und Migros mit knapp 42%. Bei den Lampen hat die Migros ihre Hausaufgaben gut gemacht: Mit 88% korrekt etikettierten Lampen ist der orange Riese

klarer Spitzenreiter, Coop weist lediglich magere 43% auf.



Korrekte und vollständige Etikette gesucht.



Weltenergiekongress vor globalen Herausforderungen

(m/v/a) Die rasant steigenden Energiepreise und die Suche nach den Energieträgern von morgen waren die Hauptthemen des 19. Weltenergiekongresses (World Energy Congress) vom 6. bis 9. September in Sydney (Australien).

Wachsender Energiebedarf

Der enorme Energiehunger der Menschheit wird in den nächsten Jahren noch einmal gewaltig wachsen – und es nicht absehbar, wie er gestillt werden kann. «Energie ist die Schlüsselfrage des 21. Jahrhunderts», sagte Francois Roussey, CEO von Electricité de France (EdF), zum Auftakt der Konferenz. Sowohl die Industrie- als auch vor allem die grossen Schwellenländer wie China, Indien und Brasilien benötigen eine sichere und nachhaltige Energieversorgung, um ihr wirtschaftliches Wachstum abzusichern.

Der Investitionsbedarf ist so hoch, dass er nur noch schwer zu schätzen ist. Bis 2030 müsste nach Berechnungen der Internationalen Energie Agentur (IEA) Jahr für Jahr die Welt un-

gefähr 500 Mrd. Euro in den Energiesektor investieren, will sie negative Folgen für Wirtschaft, Gesellschaft und Umwelt verhindern. Die jüngsten Stromausfälle in den USA und Europa haben nach Expertenmeinung deutlich gemacht, dass global zu wenig investiert wird. Auch die Preissteigerungen beim Mineralöl sind zum Teil auf ausgelastete Transport- und Verarbeitungskapazitäten zurückzuführen.

Weiterhin fossile Brennstoffe

Fossile Brennstoffe werden in den nächsten Jahrzehnten überwiegend den weltweit wachsenden Energiebedarf decken. Darüber herrschte weitgehend Einigkeit unter den rund 1500 Energieexperten, die sich am Weltkongress in Sydney versammelt haben. Gegenwärtig werden 86 Prozent des weltweiten Verbrauchs an Primärenergie durch Öl, Gas und Kohle abgedeckt.

Gewaltiger Investitionsrückstand in Europa

«Die Strommärkte brauchen weltweit mehr Unternehmertum. Wenn sich die Marktkräfte entfalten können, dient der Wettbewerb einer leistungsfähigen Strominfrastruktur.» Das erklärte Eberhard Meller, Hauptgeschäftsführer des Verbandes der Elektrizitätswirtschaft (VDEW), Berlin. Nur mit marktwirtschaftlichen Mitteln sei das notwendige Kapital für den gewaltigen Investitionsbedarf zu beschaffen. Allein in den bisherigen 15 EU-

Ländern seien Investitionen von rund 330000 MW Kraftwerksleistung bis 2030 zu bewältigen.

Deutschland gerät mit seiner Atomenergiepolitik international ins Abseits. Während dort Atommeiler abgeschaltet werden, schreitet der Ausbau der Kernkraft in vielen anderen Ländern zügig voran. Zur Deckung des in den nächsten Jahrzehnten immens wachsenden Energiebedarfs müsse die Option auf alle Energieträger genutzt werden, lautete eine weitere Kernbotschaft des Weltenergiekongresses in Sydney.

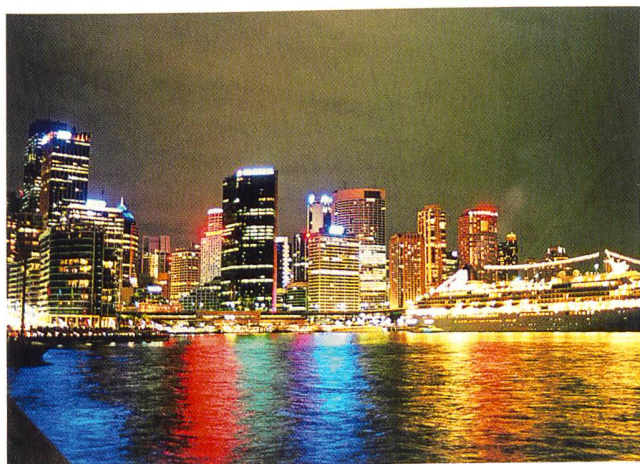
Selbstbewusste Energiewirtschaft am WEC von Sydney

(efch) Vom 5. bis 9. September 2004 fand in Sydney der 19. Weltenergiekongress statt. Die Schweizerdelegation zog am letzten Konferenztag 10 Schlussfolgerungen, die an der Vereinsversammlung des Schweizerischen Energierates vom 21. Oktober 2004 im Flughafen Zürich zu vertiefen sein werden.

1. Trotz der Sorge um die energiebedingten Klimaauswirkungen ist weltweit in der Energieversorgung und -nachfrage kein Paradigmenwechsel erkennbar. Man geht allgemein davon aus, dass sich der Energiebedarf in den nächsten Jahrzehnten verdoppeln und verdreifachen wird. Der Kongress zeigte, dass es gerade darum wichtig ist, alle Optionen bezüglich Energieträger und technologischen Optionen offen zu halten.
2. Die energiepolitische Diskussion in Europa stellt einen Sonderfall dar. Innerhalb Europas ist die Schweiz dann ihrerseits mit ihrer CO₂-freien Stromproduktion nochmals ein Sonderfall.
3. Unbestritten ist der weiterhin hohe Anteil von Erdöl und Erdgas, die zusammen rund 80% des Weltenergiebedarfs abdecken.
4. Kernkraft und Kohlekraft-

werke mit sauberer Technologie stellen wieder echte Alternativen dar.

5. Markt und Wettbewerb in der Energieversorgung werden nach wie vor gefordert. Jede Region muss aber das für sie geeignete Marktmodell bestimmen. Auffallend war, dass die Frage der Liberalisierung nicht mehr die Diskussionen beherrschte.
6. Die Industrie ist bereit, die Herausforderungen anzunehmen und überzeugt, rechtzeitig Lösungen anbieten zu können. Allerdings braucht sie dazu zuverlässige und langfristige Rahmenbedingungen.
7. Der Staat hat unbestrittenermassen Reglementierungsaufgaben wahrzunehmen. Dabei müssen aber Überreglementierungen vermieden werden, weil sonst der für die Investitionen benötigte Finanzbedarf nicht aufgebracht werden kann.
8. Allgemein wurde der Rückgang bei den staatlichen Forschung- und Entwicklungsausgaben bedauert (die Schweiz steht in dieser Beziehung besser da).
9. Aus Sicht der Schweizerdelegation sind die technologischen Möglichkeiten auf der Nachfrageseite zu wenig zur Diskussion gestellt worden. Entsprechend waren wenige Vertreter von KMU, öffentlichem Verkehr oder Verfechter von Demand Side Management-Lösungen anwesend.
10. Der Weltenergiearat will – weiterhin auf seinem Wissen basierend – vermehrt seine Erkenntnisse in die Öffentlichkeit tragen. Um dies realisieren zu können, wurden die globalen Studienaufwendungen gekürzt und mehr Budgetmittel für die regionale Arbeit reserviert. Die Schweizer Delegation hat sich – zusammen mit der französischen und der deutschen – erfolgreich dafür eingesetzt, dass das Thema Energie – Umwelt – Klima ausdrücklich ein Traktandum des Weltenergieates bleibt.



Wachsender Energiebedarf (Sydney Quay).